

Plenarrede, Antrag Die Linke, Wohn- und Mietsituation von Studierenden verbessern, BT-Drs. 17/11696, TOP 8

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in diesem Jahr stark ansteigen wird, war absehbar. Wir begrüßen sehr, dass sich immer mehr junge Menschen in Deutschland für ein Studium entscheiden. Und bezahlbares, gutes Wohnen am Hochschulstandort ist eine wichtige Voraussetzung für ein gelungenes Studium.

Aber wie sieht die Wirklichkeit aus:

In der "Zeit" im Oktober 2012 stellten Studienanfänger fest:

- "Es ist schwieriger eine Wohnung zu bekommen als einen Studienplatz für Medizin."
- "1300 Leute auf einer Warteliste"
- "Notplätze in Fitnessstudios und Turnhallen"
- Studierende müssen Kredite für eine Bude aufnehmen, die so groß ist wie eine Besenkammer, um die Miete zahlen zu können

Der für Wohnungsbau zuständige Minister Ramsauer sieht einen Bedarf von 70.000 Wohnungen. Und im Journal des Deutschen Studentenwerks stellt er fest: Wir brauchen 25.000 neue Wohnheimplätze.

Was ist aber in der Verantwortung des Ministers passiert? Nichts? Der Minister sieht die Spielräume des Bundes als sehr begrenzt. Sozialer Wohnungsbau sei Ländersache. Mit dem Finger wird wie üblich auf die anderen gezeigt.

Die Länder tun was, Herr Minister.

NRW hat Ende des letzten Jahres ein neues Förderprogramm aufgelegt, das Bauträgern vergünstigte Kredite ermöglicht, sofern sie Wohnraum für Studierende anbieten.

In der Bauministerkonferenz stellt der Minister fest: zum Schutz der Mieter vor unangemessenen Mietsteigerungen sei die letzte Mietrechtsnovelle ausreichend.

Falsch Herr Minister. Das Gegenteil ist der Fall. Die Koalition hat die " soziale Funktion" des Mietrechts ausgehöhlt. Massiv steigende Mieten in Ballungszentren und Hochschulstädten und die Verdrängung von Mietern wird die Regierung durch ihr Gesetz nicht verhindern. Untätigkeit der Bundesregierung auch bei den Kosten der 2. Miete – also für Strom und Wärme.

Die Chancengleichheit in der Bildung ist in Deutschland noch nicht verwirklicht.

76 Prozent derjenigen die auf ein Studium verzichten, begründen es mit finanziellen Unsicherheiten.

Ursachen für einen Studienabbruch sind Probleme in der Finanzierung des Studiums als zweitwichtigster Grund.

Wie andere auch müssen Studenten und Studentinnen mindestens 30 bis 50 Prozent ihres zur Verfügung stehenden Geldes für das Wohnen ausgeben.

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende, Studentinnen und Studenten und Familiengründer. Deshalb schlagen wir einen nationalen Aktionsplan für Wohnen und Stadtentwicklung vor.

- Ein Ausbauprogramm des Bundes mit 25.000 neuen Studentenwohnplätzen
- Die Städtebauförderung massiv aufzustocken
- Ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften
- Die Verstärkung der Sozialen Wohnraumförderung mit 518 Millionen Euro -natürlich zweckgebunden
- Die Rückkehr zu einem " sozialen Mietrecht"

Und das sind die Aufgaben des Bundes!

Wir müssen in Forschung, Bildung und Infrastruktur investieren. Wir wollen, dass Junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen studieren können. Aufstieg durch Bildung müssen wir auch durch gutes und bezahlbares Wohnen in lebenswerten Städten fördern und sichern.

Herzlichen Dank